

***BUND-Regionalverband Donau-Iller***

***BUND-Kreisverband Ulm***

***BUND-Kreisverband Biberach***

***BUND-Kreisverband Alb-Donau***



**Gemeinsame Pressekonferenz**

**zum Jahreswechsel 2024/2025**

**2. Januar 2025 | 10:30 Uhr | BUND-Geschäftsstelle Ulm**

Ulrich Müller, Vorsitzender Regionalverband Donau-Iller

Tel: 07347-3399   ulrich.mueller7@t-online.de

Christian Killius, Vorsitzender Kreisverband Alb-Donau

c.killius@t-online.de

Dr. Martin Denoix, Vorsitzender Kreisverband Ulm

Tel: 0731-267408   DrDenoix@web.de

Jörg Müller (BUND und Naturschutzbeauftragter Alb-Donau-Kreis):

joerg.mueller67@gmx.de

Anmerkung: die Geschäftsstelle des BUND ist ab dem 7.1.2025 wieder erreichbar.

## Regionale Themen

Jörg Müller:

### **Sicht der Medien auf den Naturschutz**

Die Natur an sich wird in Teilen der Bevölkerung immer häufiger als lästig und störend angesehen. Denken wir nur an das Laub der Bäume im Herbst, Zecken in der Wiese, Stechmücken nach Überflutungsereignissen oder den Buchsbaumzünsler, selbst das Klappern der Störche ist lästig.

Die Folge sind Schottergärten in Neubaugebieten, Neubauten mit glatten und geschlossenen Fassaden, die den Vögeln aber auch Insekten und Kleinsäugetieren keinen Lebensraum mehr bieten. Im Offenland finden wir eine Feldflur vor, wo spätestens im Herbst inklusive der Feldwege und Gräben alles abgeräumt wird damit Tiere und Pflanzen, die der Landwirtschaft schaden könnten, kein Lebensraum oder Winterquartier mehr vorfinden.

Bei seiner Arbeit als Naturschutzbeauftragter aber auch bei der ehrenamtlichen Biotoppflege wird es für Jörg Müller deutlich: Es ist immer schwieriger Menschen zu motivieren, etwas für die Natur zu tun, Lebensräume zu pflegen und zu erhalten. Wir müssen uns für unsere Arbeit im Natur- und Artenschutz immer öfter rechtfertigen.

Denn die Tiere, die wir hier schützen oder "Anlocken" könnten ja später zu Beeinträchtigungen führen.

Ärgerlich für Jörg Müller waren auch verschiedenen Presseberichte der letzten Monate mit bewusst provokanten oder polemischen Überschriften und Inhalten. „100 Störche nerven ein kleines Dorf“; „Vogel stoppt Klinikneubau in Tübingen?“ oder „Neubau der B19 Kochertalbrücke wegen Haselmaus gefährdet?“. In einigen Artikeln stellen ausge-rechnet Vertreter der öffentlichen Hand die gesetzlichen Regelungen zum Biotop- und Artenschutz in Frage!

In den nächsten Jahren soll in Baden-Württemberg z.B. die Biotopvernetzung umgesetzt werden. Hierzu hat die Landesregierung Vorgaben und Gesetze ausgearbeitet, die jedoch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden müssen. Dazu ist es dringend notwendig, dass auf dieser Ebene, bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie in den kommunalen Gremien aber auch der Bevölkerung eine positive Grundeinstellung für Natur- und Artenschutzmaßnahmen vorherrscht. Für Jörg Müller nehmen die Medien diesbezüglich eine extrem wichtige Funktion ein. So können diese durch positive und kompetente Berichterstattung auf die Dringlichkeit der Maßnahmen hinweisen. Nur so wird es möglich sein Kommunen und Privatpersonen zu gewinnen, eigene Flächen für die Vernetzung der Lebensräume zur Verfügung zu stellen. Denn bei der Umsetzung sollen nicht nur vorhandene Lebensräume gepflegt und wieder hergestellt werden, sondern diese oftmals isolierten Lebensräume durch zusätzliche naturnah gepflegte Verbindungslinien vernetzt werden, so dass die verschiedenen Arten wieder wandern und sich genetischen austauschen können.

Wer sich mit dieser Thematik auseinandersetzt, der erkennt, dass Artenschutz und Umweltschutz incl. Klimaschutz nicht nur den Arten an sich hilft, sondern es ist unsere Lebensgrundlage und die der nächsten Generationen!

Dieses zu vermitteln ist Aufgabe der Medien und wird, da ist sich Jörg Müller sicher, die tägliche Arbeit der Naturschutzverbände und aller im Naturschutz ehrenamtlich tätigen Personen sehr erleichtern.

Ulrich Müller (BUND Regionalvorsitzender Donau-Iller):

### **Wie nutzt der BUND der Gesellschaft?**

Oft wird der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) als Verhinderer wahrgenommen. Er versucht z.B. den Neubau von Straßen zu verhindern, unter anderem auch durch Klagen, setzt sich gegen den weiterhin zu großen Flächenverbrauch durch Neubaugebiete ein und verhindert, dass Biberdämme eingerissen werden dürfen. Regelmäßig äußern sich Aktive des BUND kritisch in ihren Stellungnahmen gegenüber Bauprojekten und werden dafür teilweise von Vertreter\*innen von Kommunen oder auch der Presse sehr harsch, oft zu Unrecht, angegriffen.

Dass BUND-Gruppen oft auch Ermöglicher sind, die viele tolle Projekte stemmen und sich für das Wohl der ganzen Gesellschaft einsetzen wird leider häufig übersehen, bemängelt BUND\_Regionalvorsitzender Ulrich Müller. Aktive des BUND pflegen Streuobstwiesen, mähen Feuchtwiesen, pflanzen Bäume, Hecken und ganze Waldabschnitte. Durch die Pflege und Schaffung von Biotopen werden natürliche Lebensräume erhalten, die einerseits die Artenvielfalt fördern und andererseits die Resilienz von Ökosystemen gegenüber Störereignissen wie Starkniederschlägen und Hitzeperioden stärken. Diese praktische Naturschutzarbeit wird von der Gesellschaft noch am ehesten anerkannt.

Doch auch die politische Einflussnahme des BUND nutzt der Gesamtgesellschaft. Der BUND setzt sich auf politischer Ebene für strenge Umweltgesetze und -vorschriften ein. Er nimmt an öffentlichen Beratungen teil, organisiert Kampagnen und arbeitet mit den Behörden zusammen, um umweltfreundliche Politiken zu fördern, z.B. im Bereich Klimaschutz, Biodiversität oder Ressourcennutzung. Das Argument, der BUND würde übermäßig klagen, trifft nicht zu. In den wenigen Fällen, in denen tatsächlich geklagt wird, ist der BUND überdurchschnittlich erfolgreich. Das zeigt, dass Verbandsklagen zielgerichtet dort eingesetzt werden, wo es relevante umweltrechtliche Gesetzesverstöße gibt, die behoben werden müssen und nicht der gültigen Rechtslage entsprechen. Aktuelle Forderungen bestimmter Parteien, das Verbandsklagerecht einzuschränken, würden den Rechtsstaat aushebeln.

Außerdem informieren Aktive des BUND die Gesellschaft über Umweltprobleme und nachhaltige Alternativen. Mit Veranstaltungen, Publikationen und Medienarbeit fördert der BUND ein stärkeres Bewusstsein für den Schutz der Natur und den Umgang mit natürlichen Ressourcen, auch mit seinen Umweltbildungsprojekten für Kinder und Jugendliche.

Ein Leuchtturmprojekt in der Region ist das Projekt „Wildbienenretter Biberach“ des BUND-Regionalverbandes Donau-Iller. In diesem Projekt erfahren Schülerinnen und Schüler vieles über Wildbienen und ihre Bedürfnisse und wie das Leben der Wildbienen mit unser aller Leben zusammenhängt.

Oft wird übersehen, dass der BUND ein Ehrenamtsverband ist. Die meisten Aktiven setzen sich unentgeltlich und rein ehrenamtlich für den Natur- und Umweltschutz ein. Sie verlangen dafür keine Gegenleistung und engagieren sich trotzdem mit viel Freude, Begeisterung und Überzeugung. Es bleibt zu wünschen, dass dieser Einsatz des BUND für die Gesamtgesellschaft von Vertreter\*innen der Kommunen und der Presse honoriert wird.

BUND Regionalverband Donau-Iller und Kreisverband Ulm, Pfauengasse 28, 89073 Ulm  
Tel.: 0731-66695, Mail: [bund.ulm@bund.net](mailto:bund.ulm@bund.net), [www.bund-ulm.de](http://www.bund-ulm.de)

## **Schutz von Streuobstwiesen – reicht der §33a des Landesnaturschutzgesetzes?**

Streuobstwiesen sind ein wertvolles Kulturerbe und prägen die Landschaft in unserer Region. Außerdem sind sie die artenreichsten Lebensräume Mitteleuropas. Bis zu 5000 Tier- und Pflanzenarten können hier vorkommen. Etliche Gründe sprechen dafür, sie zu erhalten und neue anzulegen. Doch durch die landwirtschaftliche Intensivierung und das Siedlungswachstum stehen sie unter enormem Druck. In den 1960er Jahren gab es noch knapp 18 Millionen Streuobstbäume in Baden-Württemberg. 2020 waren es nur noch 7,1 Millionen – ein Rückgang von über 60 Prozent. Da Streuobstwiesen früher typischerweise rund um Ortschaften angelegt wurden, um die Bevölkerung mit Äpfeln, Birnen, Zwetschgen und Kirschen zu versorgen, wurden sie durch die Siedlungsentwicklung in den Außenbereich regelrecht „aufgefressen“.

Seit 2020 ist die Überbauung von Streuobstwiesen durch den §33a des Landesnaturschutzgesetz eigentlich verboten - doch kein Verbot ohne Ausnahme. Und so bekam der BUND seit Inkrafttreten des Gesetzes etliche Ausnahmeanträge für die Überbauung von Streuobstwiesen im Alb-Donau-Kreis und im Kreis Biberach. „Seit wir uns stark dafür einsetzen, dass solche „Ausnahmen“ nicht mehr einfach so durchgewunken werden, sind es zwar deutlich weniger geworden, aber immer noch zu viele“, findet Jana Rettig, Regionalgeschäftsführerin des BUND Donau-Iller. Gerade in den letzten Wochen seien wieder einige Ausnahmeanträge gestellt worden. Teilweise sind sehr wertvolle Streuobstwiesen mit alten Bäumen und vielen Vogel- und Fledermausarten betroffen. „Für die Rodung eines solchen Hotspots der Artenvielfalt darf keine Ausnahme erteilt werden! Der Schutz von Streuobstwiesen muss im überwiegenden öffentlichen Interesse der Gemeinden stehen“, beteuert Jana Rettig. Nicht nur für den Erhalt der Artenvielfalt, sondern auch für das Kleinklima der Ortschaften und damit das Wohl der Gesamtbevölkerung seien solche Bestände wichtig.

Teilweise fallen Streuobstwiesen gar nicht unter den Schutz-Paragrafen, weil die Bebauungspläne schon vor 2020 in Kraft getreten sind. So beispielsweise in Ehingen im Baugelände „Rosengarten“. Hier konnte der BUND trotzdem durch eine Petition beim Landtag und durch das Überzeugen vieler Bürger\*innen und Gemeinderät\*innen erreichen, dass große Teile des betroffenen, sehr alten und wertvollen Streuobstbestandes erhalten werden und umfangreiche Neupflanzungen durchgeführt werden.

Der Schutzparagraf 33a allein reicht für den Schutz von Streuobstwiesen leider nicht, so das Fazit des BUND. Vielmehr muss der Streuobstanbau sich für alle Bewirtschafter\*innen wieder mehr lohnen. Dafür sind höhere Verkaufspreise für Mostobst notwendig, die Unterstützung des notwendigen Obstbaumschnittes, sowohl finanziell als auch fachlich und die Förderung des Nachpflanzens junger Obstbäume. Außerdem stellt auch die Abfuhr des Grünschnittes von solchen Wiesen oft eine Herausforderung für die Bewirtschafter\*innen dar. Hier sind Lösungen notwendig, beispielsweise durch kommunal betriebene Biogasanlagen, die den Grünschnitt kostenlos abnehmen.

Christian Killius (BUND-Kreisvorsitzender Alb-Donau):

## **Grüne Transformation – Wie kann Wirtschaftsförderung den Umbau zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise ermöglichen?**

### **Vorbemerkung: Das Ende des fossilen Zeitalters ist noch nicht in Sicht**

Was haben die Klimakonferenz in Baku (COOP 29) und die Fußballweltmeisterschaft 2036 gemeinsam? Beide ausrichtenden Länder sind Petro-Diktaturen und daran interessiert, dass der fossile Kapitalismus so lange wie möglich erhalten bleibt. Bei der Vergabe der Klimakonferenz an Aserbaidschan (genau wie der vorigen an die Vereinigten Arabischen Emirate) hat man quasi den Bock zum Gärtner gemacht und Gastgeber ausgesucht, die vom fossilen Geschäftsmodell leben. Der Verkauf der Fußball-WM 2036 durch FIFA-Präsident Infantino an Saudi-Arabien zeigt zweierlei: Einfluss und Macht der Protagonisten des Fossilen Zeitalters sind ungebremst und die Handlanger des Systems verschaffen ihm eine große Legitimationsbasis.

In letzter Zeit konnten die Ölkonzerne ihre Profite wieder steigern und die diesjährige Ausgabe der Finanzrecherche von *urgewald* und 17 Partnerorganisationen „Investing in Climate Chaos“ deckt auf, dass Investoren weltweit Kapital im Wert von 4,3 Billionen US-Dollar in Unternehmen investiert haben, die in fossilen Industrien aktiv sind. Die zwei größten, Vanguard und BlackRock, besitzen dabei Anteile von jeweils 400 Milliarden US-Dollar.

Als ressourcenarmes Land, das einen erheblichen Teil seiner Wertschöpfung für den Import von fossiler Energie ausgibt und dafür auch Wohlstandverluste in Kauf nimmt, erscheint es auf den ersten Blick verwunderlich, dass so viele Akteure in Deutschland ein fossiles Geschäftsmodell verteidigen, etwa im Bereich Verkehr, indem sie das Verbrenner-Verbot hinauszögern, beim Heizen, indem sie die Wärmepumpe bekämpfen und bei der Stromerzeugung, indem sie Windräder verteufeln. Diese Probleme erschweren den Übergang zur Klimaneutralität. Sie erschweren auch den Übergang zu neuen, grünen Geschäftsmodellen, für die Deutschland geradezu prädestiniert ist, weil es das Know-how und alle benötigten Technologien besitzt. Nicht zu vergessen: Deutschland ist das Land, das vor einem Vierteljahrhundert das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschloss und damit den Startschuss gab für den weltweiten Siegeszug der Erneuerbaren Energien.

### **Grüne Transformation**

Wie gelingt der Umbau hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise? Das Ziel ist zunächst einmal durch die Klimaschutzgesetzgebung der Merkel-Regierung vorgeben, auch die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals = SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen stellen eine wichtige Wegmarke auf dieses Prozesses dar, der den Umstieg von fossilen zu erneuerbaren Energien, von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft und von umweltschädlicher zu nachhaltiger Produktionsweise umfasst.

Bei der Betrachtung der Grünen Transformation sind die Bereiche Energie, Wirtschaft/Gewerbe, Wohnen, Verkehr und Ernährung/Landwirtschaft besonders relevant. Es stellt sich außerdem die Frage, wie die grüne Transformation vor Ort umgesetzt werden kann und welche positiven Beispiele es - in unserer Region und woanders - bereits heute gibt.

**Energie** ist ein sektorübergreifender Schlüssel-Bereich, da Strom nicht nur die klassischen elektrischen Anwendungen abdeckt, sondern zunehmend auch die Sektoren Wärme und Mobilität und diese damit dekarbonisiert. Dafür muss bei der

BUND Regionalverband Donau-Iller und Kreisverband Ulm, Pfauengasse 28, 89073 Ulm  
Tel.: 0731-66695, Mail: [bund.ulm@bund.net](mailto:bund.ulm@bund.net), [www.bund-ulm.de](http://www.bund-ulm.de)

Stromerzeugung der Einsatz fossiler Energien heruntergefahren und der Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt werden. Forschung und Entwicklung sorgen für steigende Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren Energien.

**Positivbeispiel:** Die 12.000-Einwohner-Stadt Lichtenau im Kreis Paderborn (so groß wie Laichingen im ADK) hat heute 187 Windräder, dazu Solarparks und Biomassekraftwerke. Dank früher Bürgerbeteiligung und Einbeziehung der Einwohner in Form von Bürgerenergiegenossenschaften sind die Erneuerbaren in der Kommune heute fest verankert. Die Einwohner profitieren von niedrigeren Strompreisen und einer Verdopplung der Gewerbesteuererinnahmen.

**Wirtschaft:** Neben der Dekarbonisierung von Unternehmen ist Ressourcen- und Flächenschonung ein zentrales Thema. Ein Paradigmenwechsel weg von der Wegwerfgesellschaft hin zu einer Kreislaufwirtschaft ist gefordert. Wirtschaftsförderung kann dies unterstützen, indem sie Unternehmen belohnt, die Materialien wiederverwenden, Produkte reparierbar gestalten oder recyclingfreundliche Designs entwickeln. Dies kann durch steuerliche Vorteile, Förderprogramme und gesetzliche Vorgaben herbeigeführt werden. Werden Materialien so oft wie möglich recycelt statt weggeworfen, kann das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen Produkte langlebig und reparaturfähig sein.

Flächen können geschont werden, wenn Firmen stärker in die Höhe bauen und nicht-versiegelte Flächen sollten ökologisch so aufgewertet werden, dass sie nicht lediglich Regenversickerungsflächen darstellen. Dies sorgt auch für eine bessere Aufenthaltsqualität für die Mitarbeiter. Kommunen sollten dies bei der Vergabe von Gewerbeflächen berücksichtigen.

**Positivbeispiele:**

### **1. CO<sub>2</sub>-freier und energieautarker Gewerbebetrieb**

Die Firma e.systeme21 GmbH im Ulm Donautal hat ihr Firmengebäude dank aufwendiger Sanierung in ein Plus-Energie-Haus umgewandelt. PV-Module auf dem Dach und der Fassade erzeugen im Sommer so viel Strom, dass der Überschuss nicht nur zum Laden des eigenen Fuhrparks verwendet, sondern mit einer Elektrolyseanlage auch Wasserstoff erzeugt und gespeichert werden kann, aus dem im Winter mittels einer Brennstoffzelle Strom und Wärme produziert wird.

### **2. Artenschutz auf Gewerbeflächen**

Auf dem Gelände der Firma Sonatech in Ungerhausen im Unterallgäu sorgen eine Wildblumenwiese, einheimische Hecken, ein Sandarium und Totholz für ideale Bedingungen für Insekten und in deren Gefolge auch andere Kleintiere. Auf den Sitzgelegenheiten am Rand des Biotops können die Mitarbeiter künftig in ihrer Mittagspause mitverfolgen, was summt und brummt.

**Wohnen:** Programme zur Förderung von Gebäudesanierungen, die vor Ort Arbeitsplätze schaffen, sollten intensiviert werden. Die Nutzung und der Umbau bestehender Gebäude sollte Vorrang haben vor Neubau. Falls doch neu gebaut wird, sollten Quartierslösungen Einfamilienhäusern auf der grünen Wiese vorgezogen werden. Letztere stellen nicht nur die teuerste Wohnform dar, sondern führen erstens zu noch mehr Straßenbau in einem Land, das das dichteste Straßennetz der Welt hat und zweitens zur weiteren Zunahme des motorisierten Individualverkehrs, von den negativen Folgen für die Umwelt einmal ganz abgesehen.

### **Positivbeispiel: Plus-Energie-Quartier aus Holzmodulen**

In Bad-Cannstatt hat die AH Aktiv-Haus GmbH ein Plus-Energie-Quartier mit 330 erschwinglichen und barrierefreien Wohnungen für Mitarbeitende des Klinikums Stuttgart errichtet. Das aus sechs Gebäuden bestehende Quartier wurde aus 212 Modulen in Holzständerbauweise errichtet, wobei drei Viertel der Baumaterialien und 1.815 Tonnen

CO<sub>2</sub> eingespart wurden. PVT-Kollektoren (zur gleichzeitigen Gewinnung von Strom und Wärme) auf den Dächern der Häuser und PV-Module an den Südfassaden in Kombination mit Batteriespeichern und einer Sole-Wasser-Wärmepumpe mit Wärmerückgewinnung machen das Quartier energieautark.

**Verkehr:** Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zu stärken; letzterer muss auf elektrische Antriebe umgestellt werden. Kommunen können Plattformen für Carsharing etablieren und die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ausbauen. Das seinerzeit von der Autolobby ausgerufene Leitbild der autogerechten Stadt muss dem Leitbild einer lebenswerten Stadt weichen und konsequenterweise mit einer Rückgabe öffentlichen Raums an Akteure nachhaltiger Mobilität, also Fußgänger und Radfahrer, verbunden werden.

Die Ausweisung von mehr verkehrsberuhigten Zonen und die Umstellung des nicht vermeidbaren motorisierten Individual- sowie des gewerblichen Verkehrs auf Elektroantrieb sorgt außerdem für weniger Straßenlärm, unter welchem 20 Prozent der Deutschen leiden. Weitere Effekte sind die Schaffung von Arbeitsplätzen im ÖPNV, bei neuen Mobilitätsdienstleistungen und durch die Erhaltung und Optimierung der Infrastruktur.

**Positivbeispiel: Stadt fördert umweltfreundliche Mobilität der städtischen Bediensteten**

Das Mobilitätskonzept der Stadt Ulm will umweltbelastende Alleinfahrten mit Verbrennerfahrzeugen weitgehend reduzieren und schafft Anreize für die städtischen Beschäftigten, den Weg zur Arbeit und Dienstfahrten umweltfreundlich zurückzulegen. Dazu gehört auch ein neues Parkraummanagement.

**Ernährung und Landwirtschaft:** Um negative Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden, Luft, Wasser, [Klima](#) und die [Biodiversität](#) zu vermeiden, ist der Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und ein Rückgang des Fleischkonsums unerlässlich. Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze könnten die Auswirkungen eines Lebensmittels auf Klima und Artenvielfalt berücksichtigen.

Das Angebot vegetarischer und vor allem veganer Speisen in der Gastronomie unserer Region ist noch stark ausbaufähig.

**Positivbeispiel: Rein vegetarisches Schulessen an Grundschulen**

In den Mensen der städtischen Grundschulen in Freiburg gibt es nur noch vegetarische Kost. Auch wenn dies mit zu hohen Kosten begründet wird, ist es ein wichtiger Schritt hin zu einer frühen Sensibilisierung für Fragen rund um Ernährung, Tierwohl und Umwelt.

**Fazit:** Die Grüne Transformation braucht die Bereitschaft zu Veränderungen, bietet aber auch große Chancen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, die Umwelt und die Lebensqualität in unseren Städten. Allerdings benötigt sie Anstrengungen in allen Sektoren der Wirtschaft. Sie erfordert aber auch eine Wirtschaftspolitik, die nicht hasenfüßig ist und nichts fördert, was ökologisch und ökonomisch nicht nachhaltig ist. Wer erwartet, dass eine Wirtschaftspolitik von vorgestern dazu führt, dass die Wirtschaft so brummt wie vorgestern, hat das Konzept der grünen Transformation nicht verstanden.

**„Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und gleichzeitig zu hoffen, dass sich etwas ändert“ (Albert Einstein).**

Anfang 2025 stehen mit der vorzeitigen Bundestagswahl erneut umweltpolitische Richtungsentscheidungen an. Die bisher halbherzigen Maßnahmen beim Umbau des auf die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen ausgerichteten fossilen Kapitalismus hin zu einer

ökologischen Modernisierung stehen dabei in merkwürdigem Kontrast zur eigentlich gebotenen Dringlichkeit konsequenten Handelns angesichts der rasant fortschreitenden Klima- und Artenkrise. Keine Partei im Deutschen Bundestag geht die Klimakrise konsequent an; ernsthafte Versuche, die noch von der Vorgängerregierung beschlossenen Klimaschutzgesetze umzusetzen, sind nicht selten medialem Trommelfeuer ausgesetzt und werden nachfolgend abgeschwächt.

Aufgrund dieser Erfahrungen scheint sich in manchen Parteien die Devise des Weiter-So und der Zumutungslosigkeit durchgesetzt zu haben, nach dem Motto: Es wird schon gut gehen, Hauptsache, man spricht nicht mehr darüber. Die Bürgerinnen und Bürger dürften auf keinen Fall durch zu starke Veränderungen überfordert werden.

Wer die ökologische Zerstörung beenden will, bekommt von Populisten reflexhaft das Etikett der „grünen Ideologie“ umgehängt, wird massiv angefeindet, zum Sündenbock für alle möglichen Probleme gemacht. Im Gegenzug scheint die Ideologie der Zerstörung nach wie vor eine ungebrochen große Legitimation zu besitzen.

Im öffentlichen Diskurs spielen Umweltthemen mittlerweile - ganz anders als vor der letzten Bundestagswahl - eine untergeordnete Rolle. Klimakrise und Artensterben werden ausgeblendet, entweder aus Bequemlichkeit oder weil man den Klimawandel immer noch anzweifelt. Ignoranz gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen wird den CO<sub>2</sub>-Anstieg in der Atmosphäre freilich in keinster Weise verhindern, denn „Realität ist das, was nicht weggeht, selbst wenn man nicht daran glaubt“ (Philip K. Dick).

Manche Klimaschutzmaßnahmen, z.B. Windräder, mögen für manchen „Zumutungen“ sein, so BUND-Kreisvorsitzender Christian Killius. Doch sollten wir heute nicht gewisse „Zumutungen“ aushalten, damit die Zukunft keine Zumutung für unsere Nachkommen wird?

Als Umweltverband appellieren wir an alle Wählerinnen und Wähler, bei der Wahl nicht nur an sich, sondern auch an kommende Generationen zu denken, deren Lebensbedingungen sich auf Jahrtausende verschlechtern werden, wenn wir jetzt nicht handeln.



## Ulmer Themen

Dr. Martin Denoix (BUND-Vorsitzender Kreisverband Ulm)

### PV, Windkraft, SWU- und FUG -Strategie zur Energiewende

Wir begrüßen die aktuellen Konzepte der Stadtwerke Ulm zur Realisierung der Energiewende: Einstieg in Windkraft und PV-Freiflächenanlagen incl. damit verbundener Wasserstoffstrategie.

#### Kurzreferat beim Spatenstich der PV-Freiflächenanlage im Örlinger Tal im November 2024:

Freiflächen PV-Anlagen sind nicht einer Flächenversiegelung gleichzusetzen.

Natürlich sind versiegelte Flächen wie Parkplätze, Verkehrsflächen, Dächer prioritär mit einer Photovoltaik (PV) zu belegen. Ökologisch orientierte Kriterien bieten die Vorgaben des Dialogforums aus BUND, NABU, Naturfreunden Baden- Württemberg.

„Auf Flächen, die vorher eher artenarm waren, kann eine ökologisch angelegte PV-Freiflächenanlage einen Mehrwert für die Artenvielfalt mit sich bringen.“

Der energetische Wirkungsgrad der Fotosynthese bei Energiepflanzen beträgt je nach Art maximal sieben Prozent während der Vegetationsperiode, PV hat ganzjährig Wirkungsgrade um die 15 Prozent. Mit dem Anbau von Energie-Mais können pro Hektar sieben Haushalte ein Jahr lang mit Strom versorgt werden (ohne Abwärmenutzung). Sehr viel effizienter sind Photovoltaik-Freiflächenanlagen, die pro Hektar 230 Haushalte versorgen können. Berechnungen des Umweltbundesamts zufolge kann pro Hektar im Jahr rund 40-mal mehr Strom durch Photovoltaikanlagen erzeugt werden als durch Energiepflanzen.

Sechs Prozent der Maisanbaufläche in Deutschland sind Energiemais, der Rest findet als Tierfutter (Silage, Körnermais) und anderweitig Verwendung. Wir brauchen für 100 Prozent Strom aus Windkraft und

Photovoltaik deutlich weniger als die Hälfte jener Fläche, die derzeit schon für den Anbau von Energiepflanzen genutzt wird. Freiwerdende Flächen könnten für Nahrungsmittelerzeugung oder Biodiversitätsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Vermeehrt werden biogene Rohstoffe für Biogasanlagen und in der Industrie als Ersatz fossiler Rohstoffe benötigt. Große Mengen an Methan aus Biogas zusammen mit grünem Wasserstoff werden für die Fertigung industrieller Produkte benötigt. Auch Öle werden vermehrt für technischen Einsatz und als Nahrungsmittel benötigt.

Biotopverbund: Freiflächen PV-Anlagen können wertvolle Elemente in der Biotopverbundplanung sein und somit auch die Artenvielfalt fördern. Zäune müssen eine gewisse Durchlässigkeit für Tiere ermöglichen, in der Regel mit 20 Zentimetern Abstand vom Boden. Böden unter, zwischen und neben den Modulen sind als extensiv gepflegtes, artenreiches Grünland zu etablieren. Auch die Schaffung von nicht beschattenden Gehölz- und Bodenstrukturen in Randbereichen sind mit mindestens 100 Quadratmeter/ha sinnvoll.

### OB - und GR - Wahl

Wir sehen durch die Zusammensetzung des neuen Gemeinderats eine Aufbruchstimmung hin zu innovativen und nachhaltigen Projekten. Auch bisherig zögerliche Fraktionen gehen inzwischen oft bei Projekten der Verwaltung mit. Wir appellieren dazu, dies über die gesamte Amtszeit fortzusetzen und zu intensivieren. Wichtig erscheint uns die Realisierung und Priorisierung der Projekte wie z.B. der Fahrradhaupttrouten.

Mit Herrn OB Martin Ansbacher und dem Umwelt- und Baubürgermeister Tim von Winning stehen wir in regem Austausch, der auch kritisch ausfallen kann.

### Adenauerbrücke

Hier hat sich gezeigt, dass in Deutschland noch wesentliche Gesetze und Regelungen zur Zukunft der Mobilität noch nicht an nachhaltige Strategien angepasst sind. Daher sahen wir uns

wegen mangelnder Aussicht auf Erfolg nicht in der Lage, die vorbereitete Klage gegen den achtspurigen Ausbau der Brücke zu realisieren. Eine aussichtsreiche Klage wegen Verfahrensmängel hätte den Bau nur verzögert, aber nicht verändert.

Nach unserer Entscheidung gegen die Klage erhielten wir viele bedauernde Zuschriften.

### **Bäume in Ulm**

Auch wegen der Fällung von Bäumen an der Baustelle am Blaubeurer Tor war die Baumbilanz der Stadt Ulm in 2024 negativ.

Schon im Juli hatte sich die Verwaltung (Abteilung Großprojekte) uns zu einer Besprechung eingeladen, um uns vorab über die veränderte Situation in der Bauplanung zu informieren.

Die Rodung konnte zwar nicht verhindert werden, wir drängen aber darauf in diesem Bereich sofort nach Abschluss der Baumaßnahmen unabhängig von der Landesgartenschau Bäume zu pflanzen. Wir denken an Baumgruppen und nicht wie bisher üblich an Einzelbäume. Baumgruppe bis hin zu „tiny forests“ erreichen viel schneller eine ökologische Wertigkeit als Einzelbäume.

Unsere Mitarbeit an der Klimabaumaktion der Initiative „go plant a tree“ werden wir auch 2025 fortsetzen. Die Stadt Ulm beabsichtigt in 2025 Mittel in Höhe von 20.000 € der Aktion bereitzustellen.

### **Baugebiet „Am Hermannsgarten“**

Dieses Baugebiet steht kurz vor der Realisierung. Hier sind wir an der Planung der Grünflächen beteiligt, die direkt am BUND-Hermannsgarten liegen und die Verbindung zwischen Baugebiet und Hasensteige darstellen.